

Grosser Gemeinderat, Vorlage

Nr. 2198.1

# Volksinitiative „Erhalt der Perlen in der Stadt Zug“: Gültigkeitsprüfung und Abstimmungsempfehlung

**Bericht und Antrag der Bau- und Planungskommission vom 6. März 2012**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der Bau- und Planungskommission (BPK) des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug erstatte ich Ihnen gemäss den §§ 14 und 20 GSO folgenden Bericht:

## 1. Ausgangslage

Ich verweise auf den Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2198 vom 21. Februar 2012.

## 2. Ablauf der Kommissionsarbeit

Die BPK behandelte die Vorlage an ihrer ordentlichen Sitzung in Siebner-Besetzung und in Anwesenheit von Stadtpräsident Dolfi Müller, Stadtrat André Wicki, Departementssekretärin Nicole Nussberger sowie Stadtplaner Harald Klein. Auf die Vorlage wird eingetreten. Ein Mitglied der BPK befindet sich im Ausstand.

## 3. Erläuterungen der Vorlage

Nach langer Diskussion hat sich der Stadtrat dem Grundsatz "in dubio pro populo" gebeugt und diese für gültig erklärt. Dies obwohl die Initiative nach Meinung des Stadtrates klar gegen den Grundsatz der Planungssicherheit verstösst. Darin sei aber letztlich auch der Grund zu sehen, dass er diese eben zur Ablehnung empfiehlt. Da die Initiative auch bei deren Annahme keine sofortige Umsetzung verlangt, könnte deren Umsetzung hinausgeschoben werden, bis mehr Planungssicherheit vorliegt. Grundsätzlich aber geht die Planbeständigkeit vor, sofern die Umzonung nicht an höherrangiges Recht gebunden ist oder die Verhältnisse sich seither nicht wesentlich geändert haben. Zudem ist der Stadtrat überzeugt, hinsichtlich der Perlen und ihres Erhalts bereits auf sehr gutem Wege zu sein.

So haben vor der Einreichung der Initiative Gespräche mit den Initianten stattgefunden. Damals ging es um das Salesianum und den Rötel. Inzwischen geht es auch um den Zurlaubenhof, wo aber ebenfalls bereits Gespräche stattgefunden haben. Der

Stadtrat ist auf gutem Weg, um mit den Grundeigentümern des Rötelbergs, der Oeschwiese sowie des Zurlaubenhofs eine Lösung finden zu können. Bei einer Annahme der Initiative bzw. der damit verbundenen materiellen Enteignungen kämen auf die Stadt Entschädigungszahlungen von rund CHF 150 – 200 Mio. zu. Der Stadtrat empfiehlt daher, die Initiative für gültig zu erklären, gleichzeitig aber zur Ablehnung zu empfehlen.

#### **4. Beratung**

Ein BPK-Mitglied erinnert an die Guggiwiese. Auch damals hat man versucht, mit den hohen Kosten die Initiative zu bodigen. Heute sind alle froh, dass die Zugerinnen und Zuger 1981 Weitsicht bewiesen hatten. Insofern können auch heute die mutmasslichen Kosten beim Heimschlag resp. Erwerb der Perlen kein Kriterium zur Ablehnung der Initiative darstellen. Vielmehr soll die Initiative auch im Sinne eines Moratoriums ermöglichen, dass dank der Freihaltung während der nächsten 20 Jahre unseren Nachkommen auch noch etwas an Gestaltungsraum bleibt. Sodann herrscht bei einem Grossteil der Zuger Bevölkerung der Eindruck vor, es werde alles und jedes zugebaut.

Ansonsten findet in der BPK keine tiefgreifende Debatte statt. Ein Mitglied erinnert noch daran, dass in der letzten Ortsplanungsrevision nie die Rede davon war, dass die Perlen faktisch zu einer Bauverbotszone umfunktioniert würden. Insofern könne dem Antrag des Stadtrates auf Gültigerklärung "in dubio pro populo" gefolgt werden.

#### **5. Zusammenfassung**

Aufgrund der zur Verfügung stehenden Informationen und in Kenntnis des Berichts und Antrags des Stadtrats Nr. 2198 vom 21. Februar 2012 empfiehlt die BPK die Volksinitiative „Erhalt der Perlen in der Stadt Zug“ mit 7 : 0 Stimmen für gültig zu erklären und sie der Urnenabstimmung zu unterstellen sowie mit 5 : 2 Stimmen die Initiative den Stimmberechtigten zur Ablehnung zu empfehlen.

#### **6. Antrag**

Die BPK beantragt Ihnen,

- auf die Vorlage sei einzutreten, und
- es sei die Volksinitiative „Erhalt der Perlen in der Stadt Zug“ gemäss Beschlussentwurf des Stadtrats vom 21. Februar 2012 für gültig zu erklären und sie der Urnenabstimmung zu unterstellen sowie die Initiative den Stimmberechtigten zur Ablehnung zu empfehlen.

Zug, 15. März 2012

Für die Bau- und Planungskommission  
Urs Bertschi, Kommissionspräsident